Nummer 18.

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich 36.— Mark, monatlich 12.— Mark, bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterr. des tschechoslowak. Staates, Ungarn, Luxemburg, Schweiz, Niederlande, Dänemark, Schweden, Norwegen u. Dänemark. Für das übrige Ausland ist der Bezug nur unter Streifband mit dem nötigen Porto-Aufschlag durch die Expedition dieser Zeitung zulässig.

Bestellungen werden außerdem angenommen bei sämtlichen Zeitungsspeditionen und unserer Geschäftsstelle

# Berliner Börsen-Zeitung

## Abend-Ausgabe

66. Jahrgang

Anzeigen-Preis:
Die 19gespalt. Zeile 4.80 M., Reklameteil 18.— M. Stellungsuchende 2 Mark

Als besondere Beilagen erscheinen: Einschaftige Kalender, Allgemeine Verlosungslisten mit Restanten, Ziehungslisten der Preussischen Südostdeutschen Klassenlotterie und viele andere tabellarische Uebersichten.

Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal

Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten

Telegramm-Adresse: -Börsenkrone- | Fernspr. d. Schriftltg.: Zentrum 243 u. 12352 | Schriftleitung u. Geschäftsst.: W 8, Kronenstraße 37 | Mittwoch, 12. Januar 1921 | Fernspr. d. Druckerei: Zentrum 2488 | Postscheck-Konto: Berlin 26412 | Einzelpreis 40 Pf.

## Einschränkung des Personenzugverkehrs?

Berlin, 12. Januar.

Seit dem Beginn der Ausführung des Spar-Abkommens hat der Eisenbahnverwaltung nicht mehr eine dem täglichen Verbrauch entsprechende Kohlenmenge zugeteilt werden können. Vor allem waren auch die für eine wirtschaftliche Lokomotivfeuerung notwendigen Kohlensorten nicht in ausreichender Menge vorhanden, da gerade sie von der Entente verlangt werden. Die Kohlenvorräte der Reichseisenbahnen sind infolgedessen ständig und in letzter Zeit besonders stark zurückgegangen. Zurzeit sind fast überall nur noch Vorräte für weniger als 10 Tage vorhanden. Damit nähert sich die Lage dem Gefahrpunkt, daß der Betrieb aus Mangel an Dienstkohlen nicht mehr in vollem Umfange durchgeführt werden kann. Die Möglichkeit, daß der Personenverkehr eingeschränkt werden muß, um den notwendigen Güterverkehr sicherzustellen, ist nicht ausgeschlossen.

## Freitag
## Schluß der Landesversammlung.

Berlin, 12. Januar.

Der Aeltesten-Ausschuß der Landesversammlung beschloß, am Donnerstag eine Doppelsitzung anzusetzen. Die erste Plenarsitzung soll bis um 6 Uhr anhalten. Nach einstündiger Pause soll dann um 7 Uhr eine Abendsitzung folgen. Am Freitag will man unter allen Umständen Schluß machen.

Die Frage, ob die Landesversammlung dann aufgelöst wird oder bis zum Zusammentritt des neuen Landtages als vertagt zu gelten hat, soll noch geklärt werden.

## Sachsen und die Trennung von Staat und Kirche.

Ed Dresden, 12. Januar.

(Eigener Drahtbericht.

Die sächsische Regierung hat bei der Reichsregierung mit Nachdruck auf die Dringlichkeit der Vorlegung eines schon in der Reichsverfassung angekündigten Gesetzentwurfs über die Trennung von Staat und Kirche hingewiesen und die baldige Vorlegung gefordert, da die Einzelstaaten nicht jahrelang auf die Erledigung dieser grundsätzlichen Frage warten könnten, zu sonst erhebliche Schwierigkeiten entstehen würden.

## Das Schicksal des deutschen Kabel.

Von amerikanischer Seite wird uns geschrieben:

Die zwischen England, Frankreich, Italien und Japan auf der internationalen Verkehrskonferenz in Washington diskutierte Frage, wem künftig das Besitz- bzw. Verfügungsrecht über die Deutschen Kabel zustehen soll, ist dort noch endgültig entschieden worden, sondern hat nur in einem zeitweiligen Uebereinkommen eine provisorische Lösung gefunden. Der Hauptgrund dieses Aufschubs war der Umstand, daß die Vertreter der betreffenden Länder es für wünschenswert hielten, von ihren Regierungen persönlich eingehendere Instruktionen einzuholen. In dem vorläufigen Uebereinkommen wird festgesetzt, daß die verschiedenen deutschen Kabel wie bisher auf Kosten der fünf interessierten Mächte in Betrieb bleiben sollen mit der ausdrücklichen Bemerkung, daß der Reingewinn erst dann verteilt werden darf, wenn die Frage den einzelnen beteiligten Ländern endgültig ausgesprochen sind. Außerdem hat man sich dahin geeinigt, daß, wenn bis zum 15. Februar 1921 eine Verständigung über das schließliche Schicksal der Kabel nicht erzielt worden ist, die Konferenz sofort ein neues Abkommen treffen soll, das spätestens am 15. März 1921 in Kraft tritt. Es wird also zunächst dabei bleiben, daß England, Frankreich und Japan, die zu Beginn des Krieges von den deutschen Kabeln Besitz ergriffen haben, die Kontrolle über diese beibehalten, während die Vereinigten Staaten von dieser Aufsicht nicht den geringsten Vorteil haben. Was die Verständigung in dieser Frage so sehr erschwert, ist einerseits das Verlangen Japans nach gewissen Vorzugsrechten für die Kabel auf den Karolinen-Inseln, die früher zum deutschen Ueberseebesitz gehörten und eine der wichtigsten Zentren des Kabelverkehrs im Stillen Ozean darstellen, andererseits die Weigerung Frankreichs, Amerika und Italien irgendwelche Konzessionen in Bezug auf die deutschen transatlantischen Kabel zu machen, deren sich die Franzosen im Jahre 1914 bemächtigt haben. Die Vereinigten Staaten und Italien haben ihren Einspruch damit begründet, daß Frankreich nicht nur im Besitz der transatlantischen Linie, sondern auch einiger Kabel an der afrikanischen Küste ist. Das Resultat dieser vorläufigen Tagung der internationalen Verkehrskonferenz hinterläßt den Eindruck, daß es sich hier um starke und nur schwer überbrückbare Gegensätze handelt, weil sich jedes Land im Streit um die Beute den Löwenanteil sichern will. Wir dürfen gespannt sein, ob die Hauptkonferenz, die in einiger Zeit zusammentreten soll, in dieser auch für Deutschland hochbedeutsamen Angelegenheit eine alle Teile befriedigende Lösung finden wird.

F. P. S.

# Amerikas Ausscheiden aus der Botschafterkonferenz.

## Erregung in Paris.

Ud Tal Paris, 12. Januar.

Die Nachricht, daß die Vereinigten Staaten an der Botschafterkonferenz nicht mehr teilnehmen wollen, ruft in allen politischen Kreisen, ohne Unterschied der Partei, heftige Kommentare hervor. Der amerikanische Botschafter Hughes E. Wallace hat zu gleicher Zeit beim Präsidenten der Republik Schritte unternommen und der Presse heute morgen eine Note übergeben, in welcher er die Gründe der Vereinigten Staaten auseinandersetzt und versichert, daß diese Gründe ganz formaler Natur und eine direkte Folge der Nichtratifizierung des Versailler Vertrages durch die Vereinigten Staaten seien. Nichtsdestoweniger hat dieser Rückzug der Vereinigten Staaten eine gewisse Erregung in den Wandelgängen der Kammer hervorgerufen. Man ist der Ansicht, daß die Handlungsweise der Vereinigten Staaten beweise, daß Europa sich in Zukunft allein mit seinen Angelegenheiten werde beschäftigen müssen. Dem Korrespondenten des United Telegraph erklärte Herr Wallace, daß er eine Zurückziehung der amerikanischen Rheinlandtruppen vor der Hand nicht für wahrscheinlich halte. Es sei aber vorauszusehen, daß die Zurückberufung der 15 000 Soldaten, die sich noch im besetzten Gebiet befinden, eine der ersten Regierungshandlungen Hardings sein werden. Angesichts des Schrittes der Vereinigten Staaten sind gewisse politische Kreise der Ansicht, daß man versuchen müsse, die Bande mit England enger zu knüpfen.

## Die Erklärung des amerikanischen Botschafters.

Paris, 12. Januar.

Ueber den Beschluß der amerikanischen Regierung, an den Sitzungen des Botschafterrates nicht mehr teilzunehmen, gab gestern der amerikanische Botschafter Wallace den Vertretern der Presse die Erklärung ab, die Vereinigten Staaten hätten nur an der Botschafterkonferenz teilgenommen, um über Fragen zu verhandeln, die sich auf den Waffenstillstand beziehen, und um sich auf dem Laufenden zu halten über Entscheidungen, die die Ausführung des Friedensvertrages betreffen. Da die meisten Fragen, die den Waffenstillstand betreffen, geregelt seien, und da andererseits die Vereinigten Staaten den Friedensvertrag von Versailles nicht ratifiziert hätten, scheine ein weiteres Verbleiben Amerikas in der Botschafterkonferenz nicht angebracht. Keine geheime Spezialabmachung habe den Konflikt hervorgerufen.

Der Botschafter fügte noch hinzu, die Entscheidung könne nicht falsch ausgelegt werden, denn Amerika könne den Geist nur beurteilen, der die Verträge als Papierfetzen betrachte. Er sei auch der Ansicht, daß die, die den großen Krieg hervorgerufen hätten, Verpflichtungen erfüllen müßten, die sie im Vertrage eingegangen seien. Der Botschafter sagte nach dem „Petit Journal" noch, er habe nur seine persönliche Meinung ausgedrückt, zweifle aber nicht daran, daß seine Regierung die von Deutschland im Vertrage von Versailles übernommenen Verpflichtungen für bindend halte.

## Havas beschwichtigt.

Paris, 11. Januar.

Durch eine Havasnote wird bestätigt, daß die amerikanische Regierung sich entschlossen hat, sich nicht mehr auf der Botschafterkonferenz vertreten zu lassen. Die Maßnahme sei jedenfalls aus den gleichen Gründen getroffen worden, die die Regierung der Vereinigten Staaten im Dezember 1919 veranlaßt hätten zur Kenntnis zu bringen, daß ihr Botschafter nicht mehr das Recht habe, in die alliierten Verhandlungen einzugreifen, sondern diesen nur noch als Beobachter beiwohnen werde. Man müsse deshalb gewisse Kommentare ablehnen, die in dieser Stellungnahme eine deutschfreundliche Propaganda erkennen wollen, damit die Entscheidung nicht falsch gedeutet werde. Der amerikanische Botschafter habe dem Ministerpräsidenten Leygues die Mitteilung seiner Regierung, wie es den freundschaftlichen und vertrauensvollen Beziehungen zwischen Amerika und Frankreich entspreche, gestern gemacht.

## Auch England für strikte Durchführung der Entwaffnung.

TU London, 12. Januar.

Die jetzt vorliegenden deutschen Zeitungen lassen erkennen, daß vielfach, besonders in Bayern, eine völlig irrige Beurteilung der englischen Politik bezüglich der Entwaffnung der Einwohnerwehren vorherrscht. Demgegenüber muß mit aller Deutlichkeit festgestellt werden, daß auch England auf der strikten Durchführung der Entwaffnung der Orgesch besteht. Gegenstand weiterer Erwägungen ist lediglich, ob angesichts des guten Willens der deutschen Regierung eine gewisse weitere Befristung zugestanden wird. Uebrigens hat Berlin in richtiger Einschätzung der Lage auch keine weitergehenden Anträge gestellt. — Da das bayerische Volk auch wenn eine Verständigung über den Aufschub der Entwaffnung erzielbar ist, diese in nicht allzu ferner Zeit durchführen muß, wäre jeder Irrtum über den Ernst der Lage verwerflich. Bezeichnend für die Stimmung der öffentlichen Meinung in England ist, daß die vom „Manchester Guardian" verbreitete, aber jeder Einsicht in die wahren politischen Bedürfnisse Deutschlands entbehrende Anregung, zur Erzwingung der Entwaffnung Südbayern zu besetzen, selbst in einer Entschließung der Arbeiterpartei New Statesman ungeteilten Beifall findet.

•

TU Rom, 12. Januar.

Der „Messaggero" veröffentlicht einen Leitartikel über die Lösung des deutschen Problems auf der bevorstehenden Konferenz. Das Blatt meint, die Entwaffnung Deutschlands dürfe nicht zum Vorwand einer neuen militärischen Aktion dienen, wie Frankreich das vorhabe. Aus Rücksicht auf die Ruhe Europas müsse ein Kompromiß besonders über den Abrüstungstermin gefunden werden, auch wenn das französische Ministerium darüber stürzen sollte. Italien werde wohl bereits in London und Paris mitgeteilt haben, daß die Noten des Generals Nollet erfolgt seien, ohne daß die anderen Verbündeten benachrichtigt worden seien oder ihre Zustimmung gegeben hätten. Die französische Gewohnheit, die Verbündeten vor vollzogene Tatsachen zu stellen, sei gefährlich, weil sie Frankreich isolieren werde. Auch das Problem der Wiedergutmachung habe seine Grenzen. Eine feste Summe müsse aufgestellt werden, die aber Deutschland die Möglichkeit eines selbständigen Wirtschaftslebens und der Zahlung seiner eigenen Kriegsschulden lasse.

## Ministerrat in Paris.

TU Paris, 12. Januar.

Ein Ministerrat hat gestern morgen im Elysée stattgefunden. Ministerpräsident Leygues berichtete dem Ministerrat über die äußere Lage. Der Kriegsminister ließ von Präsidenten der Republik ein Dekret unterzeichnen, das die Vollmachten der Mitglieder des Obersten Kriegsrates für 1921 erneuert. General Franchet d'Esperey ist beauftragt worden, im Namen der Regierung der Stadt Belgrad das Kriegskreuz zu übergeben. Der Kolonialminister ließ einen Gesetzentwurf genehmigen, der ein Programm für die wirtschaftliche Verteilung und Verwertung der französischen Kolonien enthält. Der Ackerbauminister Ricard, der dem Ministerrate beiwohnte, gab seine Demission bekannt.

## Ein Dokument des Hasses.

TU Frankfurt a. M., 12. Januar.

Der General de Mau d'Hu hat einen Brief folgenden Inhalts an die „Frankfurter Zeitung" gerichtet: „In Ihrer Zeitung vom 27. Dezember veröffentlichen Sie einen Artikel über die Politik Frankreichs gegenüber Deutschland, in dem Sie meinen Namen zitieren. Sie hatten mir vor, daß ich Auge um Auge und Zahn um Zahn fordere. Um die Gründe meiner Gefühle Ihrer Rasse gegenüber feststellen zu können, müßten Sie folgendes wissen: Ich bin in Metz geboren, wo meine Familie seit Jahrhunderten ansässig war. 1872 haben Sie mich des Landes verwiesen. Seit 1887 war es mir untersagt, in meine Vaterstadt zurückzukehren, auch nicht für einen Tag und ich bereue es nicht, daß ich nur den einen Gedanken, den einen Willen gehabt: Sie aus unserem Lande zu vertreiben. Es ist vollbracht und die Freude, nach Metz heimkehren zu dürfen, hat uns alle Leiden, Schmerzen, Mühseligkeiten und Tränen vergolten. Die Lothringer können es aber nicht vergessen, daß Ihr die Unterdrücker seid und daß Ihr hofft, es wieder zu werden. Wenn wir all das vergessen würden, so wären wir Einfältige oder Feiglinge. Sie sollen aber wissen, daß wir weder das eine noch das andere sind. Wir sind in unsere Heimat zurückgekehrt und wollen auch daheim bleiben."

## Kleine Nachrichten.

Das mecklenburgische Staatsministerium unter Führung des Volksparteilers Prof. Dr. Reincke-Bloch erklärte heute im Landtage nach 5½monatlicher Amtsdauer seinen Rücktritt.

•

Wegen Verbreitung eines Flugblattes, welches zum Generalstreik auffordert, wurde der Führer der Regensburger Kommunisten, Horn, verhaftet.

•

Die französische Kammer hat Raoul Peret mit 344 Stimmen wiederum zum Präsidenten gewählt. Zu Vizepräsidenten wurden gewählt Leon Erard, Ruaqo, Lefèvre, Du Pre und Grousser.

•

Wie das „Echo de Paris" meldet, ist der französische Gesandte in Kopenhagen Claudel als Botschafter in Tokio in Aussicht genommen.

•

Wie „Journal des Débats" meldet, kam es gestern nachmittag in den Wandelgängen der Kammer zu einem Zusammenstoß zwischen dem sozialistischen Abgeordneten Alexander Blanc und dem royalistischen Abgeordneten Léon Daudet. Nach einem heftigen Wortwechsel ohrfeigte Blanc Daudet, der seinerseits tätlich wurde.

•

Nach einer Privatmeldung des „Echo de Paris" aus London soll Krassin bei seiner Abreise erklärt haben es sei noch nicht sicher, daß er nach London zurückkehren würde.

•

Nach einer Meldung des „Daily Telegraph" wurde der Sinn-Feiner Murphey zum Tode verurteilt, weil er am 18. Oktober an einem Angriff teilgenommen hat, in dessen Verlauf ein Soldat getötet und mehrere verwundet wurden.

•

Der Kongreß der argentinischen sozialistischen Partei hat mit 5013 Stimmen gegen 3966 Stimmen den Anschluß an die dritte Internationale abgelehnt.

## „Oberschlesien in Gefahr!"

(Unterredung mit einem oberschlesischen Führer.)

Der „Kurjer Polski" in Warschau bringt unter der vorstehenden Ueberschrift die hier folgende Unterredung mit einem oberschlesischen Volksführer. Der Inhalt der Unterredung sieht die Dinge entsprechend durch die polnische Brille. Bezeichnend ist das Eingeständnis, daß der „polnische Bauer" in Oberschlesien von Polen nichts wissen will. Es beweist, daß das oberschlesische Polentum ein künstliches Erzeugnis ist. Falsch ist die Annahme, daß „die Arbeitermassen" entschieden für Polen stimmen werden. Die Betriebsrätemahlen u. a. m. geben ein ganz anderes Bild. Polnisch sind in Oberschlesien nur Korfanty und die Polenpfarrer mit ihrem zumal weiblichen Anhang, also Gewissenszwang und Terror.

In dem Warschauer Blatt heißt es: Unsere Oeffentlichkeit bringt der oberschlesischen Angelegenheit immer noch zu wenig Interesse entgegen. Die einen — diese bilden vielleicht die Mehrheit — begreifen nicht genügend die Wichtigkeit dieser für uns so vitalen Angelegenheit; die anderen sind voller Optimismus, denn . . . wir haben doch dort 64 % Polnische (d. h. ein polnisches Idiom sprechende d. V.) Bevölkerung, da kann doch die Volksabstimmung nicht anders als zu unseren Gunsten ausfallen.

Diese Ansicht ist aber falsch; unsere Sache ist dort nicht sicher!

Und das muß man den Leuten mit Gewalt beibringen. (!)

Ich hatte gestern (Anfang Januar) eine Unterredung mit einem Manne, der über die Lage Oberschlesiens genau informiert ist.

Soweit es sich um die östlichen Industriegebiete handelt — sagte er — sind unsere Aussichten wirklich sehr gut. Die Arbeitermassen werden ganz entschieden für Polen stimmen.

Wer ist uns also dort unsicher? — fragte ich.

„Die Bauern!" — rief er aus — „unsere polnischen Bauern!"

Wieso? rief ich aus, sollen die Arbeiter, denen man ständig nationale Gleichgültigkeit vorwirft, nationaler sein als die Landleute, die man ständig als die nationalsten Elemente betrachtet?

„Der Bauer ist konservativ! Er hat 600 Jahre unter deutscher Herrschaft gelebt und sich an diese gewöhnt. Der Uebergang zu der polnischen Herrschaft ist ihm etwas Neues und Ungewohntes. Außerdem ist der Bauer ein größerer Materialist als alle Sozialisten. Für ihn ist die Hauptsache der materielle Gewinn. Vor Polen schreckt ihn der niedere Kurs unserer Valuta als auch die Konkurrenz des polnischen Getreides (Welch holder Irrtum! In Polen ist das Getreide weit teurer wie in Deutschland! D. Red.) ab. Das industrielle Deutschland, das ihm für Brot mehr zahlt, zieht ihn mehr an als Polen, das genug eigenes Brot hat."

„Der westliche Teil Oberschlesiens ist von einer ländlichen Bevölkerung vorwiegend bewohnt. Sie kann unter dem Einfluß der Agitatoren nicht nur verraten, sondern auch — was noch schlimmer ist — insbesondere mit Hilfe der Emigranten den östlichen, vorwiegend industriellen Teil, überstimmen."

Haben sich unsere Vertreter nicht wenigstens eine eventuelle Teilung dieser beiden Gebiete gesichert?

Hier machte der Redner eine abwehrende Handbewegung.

„Ach, sprechen wir von unseren Vertretern lieber nicht, denn bei dem Gedanken an sie möchte einem der Teufel holen!

. . . Während es auf den Konferenzen von deutschen führenden Persönlichkeiten wimmelte, die sich um die Gunst Englands bewarben, waren wir durch Herrn Olszowski vertreten . . . während Deutschland den Engländern günstige Beteiligung an der oberschlesischen Industrie und den oberschlesischen Gruben zusicherte, wollten wir aus dem fremden Kapital nichts verkaufen. Oberschlesien ist sicher — sagte Herr Olszowski — Clemenceau hat Oberschlesien doch Paderewski versprochen.

Wir waren dieser Versprechungen sicher, bis uns die Teschener Angelegenheit vom Gegenteil überzeugte."

Es ist aber auch bekannt, — wandte ich ein — daß sich Frankreich damals zwischen Hammer und Amboß befand: um die Freundschaft mit der Tschechoslowakei ging es ihm nicht weniger als um die Freundschaft mit Polen.

„Wenngleich England gemeinsame Interessen mit Deutschland an Oberschlesien hat, so wird sich Frankreich auch hier zwischen Hammer und Amboß befinden: es sieht uns sehr, aber es steht in einem Bündnis mit England."

„Sagen Sie uns das, um uns jegliche Hoffnung zu nehmen?

„Keineswegs! Ich sage das, da ich keine Begeisterung und keine genügende Opferwilligkeit sehe. Man muß größere Anstrengungen machen! Wir müssen wollen, stark wollen!

Zu den Feiertagen haben beide Komitees, das deutsche und das polnische, Weihnachtsfeiern für Kinder veranstaltet. Ich habe ein Kind, das mir begegnete, gefragt, zu welchem Feste es sich begibt. „Zu beiden — antwortete das Kind, die Mutter hat gesagt, daß sie hier und dort etwas geben werden.

Man muß also geben, geben! Mehr geben, als unsere Gegner. Die nationalen Redner quasseln von Interessenlosigkeit des Bauern und empören sich bei den Gebenden, daß man den Bauern für das Vaterland kaufen müßte. Das Leben überzeugt uns, daß dies nur ein leeres Geschwätz ist, das uns nicht weit bringen wird."

Schall u. Rauch
i. Gr. Schauspielhaus
Dir. Hans v. Spitzegen
Tel.: Norden 3043.
Beginn 8½
Gunsy Holl.
Paul Graetz,
Joachim Ringelnatz,
Wolf Ellmayl, Oscar Sabel
und das große
Januar-Programm.

In das Handelsregister A Nr. 190 ist heute die offene Handelsgesellschaft E. Krause mit dem Sitze zu Angermünde und als deren Inhaber die Kaufleute Emil Krause und dessen Sohn Hugo Krause zu Angermünde eingetragen. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1921 begonnen. Zur Vertretung der Gesellschaft ist ein jeder Gesellschafter ermächtigt. (5066)

Angermünde, 6. Jan. 1921
Amtsgericht.

Unter Nr. 87 des Handelsregisters A ist heute die offene Handelsgesellschaft in Firma Gbr. Haase und als ihre Inhaber die Händler Moses Haase und Leo Haase in Falkenburg eingetragen worden. (5069)

Falkenburg (Pom.), den 7. Januar 1921.
Das Amtsgericht.

Bei der Firma Hugo Schrank & Co., Maschinenfabrik, G. m. b. H. in Falkenburg, Nr. 8 unseres Handelsregisters B, ist heute folgendes eingetragen worden:

Die Firma ist geändert in:
Hinz, Schrank & Co., Maschinenfabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung. (5070)

Falkenburg (Pomm.), den 8. Januar 1921.
Das Amtsgericht.

Unter Nr. 88 des Handelsregisters A ist heute die Firma Willy Pretzeli und als ihr Inhaber der Kaufmann Willy Pretzeli in Falkenburg eingetragen worden. (5068)

Falkenburg (Pomm.), den 7. Januar 1921.
Das Amtsgericht.

Unter Nr. 89 des Handelsregisters A ist heute die offene Handelsgesellschaft Umtauschstelle Pommerania Wenzlow & Puchstein und als ihre Inhaber die Kaufleute Karl Wenzlow und Fritz Puchstein in Falkenburg eingetragen worden. (5067)

Falkenburg (Pomm.), den 8. Januar 1921.
Das Amtsgericht.

In unser Handelsregister Abteilung A ist heute bei der unter Nr. 51 eingetragenen Firma Rudolf Marx in Rüdersdorf folgendes eingetragen worden: Die Firma lautet jetzt: Willi Ebel. Inhaber ist der Gastwirt Willi Ebel in Rüdersdorf. Der Uebergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Rechte und Pflichten ist bei dem Erwerbe des Geschäfts durch den neuen Firmeninhaber ausgeschlossen. (5071)

Kalkberge, 6. Dez. 1920.
Das Amtsgericht.

**Bekanntmachung**

Inhaber der am 14. Dezember 1920 bekanntgemachten Firma Nr. 148 ist Kaufmann Paul Kramm in Königsberg Nm.

Königsberg Nm., 4. 1. 21.
Das Amtsgericht.